

Nach Inkrafttretens des Umwandlungsgesetzes vom 28.05.2021 Nr. 76 und der Rundschreiben des nationalen Dachverbandes (FNOPI) sowohl bezgl. des Umwandlungsgesetzes als auch des Gesetzesdekretes vom 01. April 2021 Nr. 44, hier eine kurze Klarstellung hinsichtlich der Impfpflicht.

Der Art. 4 des o.g. Umwandlungsgesetzes bestätigt die Impfpflicht für das Gesundheitspersonal. Nur bei nachgewiesener Gesundheitsgefährdung des Mitarbeiters, welche durch den Hausarzt bescheinigt und mit klinischem Bericht dokumentiert wird, darf die Impfung des Mitarbeiters unterlassen oder aufgeschoben werden.

Für den Fall, dass aus den Impfstoff-Informationssystemen, die der autonomen Provinz zur Verfügung stehen, keine erfolgte COVID19-Impfung oder keine Anfrage auf Impfung hervorgeht, informiert die autonome Provinz unverzüglich den lokalen Sanitätsbetrieb des Wohnortes der Person über die Namen der nicht geimpften Personen.

Nach Eingang der Meldung ladet der Sanitätsbetrieb die betroffene Person ein, die erwarteten Klarstellungen *ex lege* vorzunehmen, falls dies nicht geschieht, lädt der Sanitätsbetrieb die betroffene Person offiziell ein, sich der Verabreichung der Impfung zu unterziehen, wobei der Sanitätsbetrieb Verfahren und Fristen angibt, innerhalb derer der Verpflichtung nachgekommen werden muss.

Nach Ablauf der Frist stellt der Sanitätsbetrieb *"die Nichteinhaltung der Impfpflicht fest und teilt diese unverzüglich und schriftlich dem Betroffenen, dem Arbeitsgeber und der Angehörigen Berufskammer mit"*.

Folglich, nach Erhalt der Mitteilung betraut der Arbeitgeber den Mitarbeiter, sofern möglich, mit - auch geringer qualifizierten - anderen Aufgaben, die kein Ansteckungsrisiko mit sich bringen.

Gleichzeitig, muss die zuständige Berufskammer nach Erhalt der Mitteilung des Sanitätsbetriebes hinsichtlich der Nichteinhaltung der Impfpflicht einen Suspendierungsbeschluss mit darauf folgender Eintragung desselben in das eigene Berufsverzeichnis fassen. Es obliegt der Kammer dem Betroffenen die Suspendierung mitzuteilen und ihn zur unverzüglichen Impfung, mit entsprechender darauf folgender Mitteilung der erfolgten Impfung an die Kammer, aufzufordern.

Die Suspendierung bleibt solange aufrecht, bis die betroffene Fachkraft ihrer Impfpflicht nachkommt oder, falls sie dies nicht tut, bis zur vollständigen Umsetzung des nationalen Impfplanes und in jedem Fall nicht länger als bis zum 31. Dezember 2021.

* * *

Nachstehend der vollständige Gesetzestext des Art. 4 des Umwandlungsgesetzes vom 28. Mai 2021 Nr. 76. Es wird allerdings hervorgehoben, dass die hier wiedergebrachte deutsche Übersetzung des Art. 4 keine offizielle Gültigkeit hat. Die Kammer lehnt jegliche Verantwortung hinsichtlich einer ungenauen Übersetzung in der deutschen Sprache des Gesetzestextes ab. Aus diesem Grund wird darauf folgend auch die italienische, im nationalen Amtsblatt veröffentlichte Fassung des Art. 4, wiedergebracht.

„1. Angesichts des epidemiologischen Notstandes aufgrund des SARS-CoV-2-Virus sind die in öffentlichen und privaten medizinischen, sozialmedizinischen und sozialbetreuerischen Einrichtungen ebenso wie in Apotheken, Parapharmazie-Betrieben und Privatpraxen tätigen

Fachkräfte des Gesundheitswesens und das Gesundheitspersonal zur kostenlosen Impfung zwecks Prävention der Ansteckung mit dem SARS-CoV-2-Virus verpflichtet. Diese Pflicht gilt bis zur vollständigen Umsetzung des Planes gemäß Art. 1, Abs. 457 des Gesetzes Nr. 178 vom 30. Dezember 2020 und in jedem Fall nicht länger als bis zum 31. Dezember 2021. Sie dient dem Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Gewährleistung der Sicherheit bei der Ausübung von Pflege- und Versorgungsleistungen. Die Impfung stellt eine unabdingbare Voraussetzung für die Berufsausübung und die Durchführung der von den Verpflichteten erbrachten beruflichen Leistungen dar. Die Impfung wird nach den Anweisungen der Regionen, autonomen Provinzen und anderen zuständigen Gesundheitsbehörden im Sinne der Vorgaben des Impfplanes verabreicht.

2. Nur bei nachgewiesener Gesundheitsgefahr im Zusammenhang mit bestimmten dokumentierten klinischen Situationen (der entsprechende Nachweis obliegt dem Arzt für Allgemeinmedizin) ist die Impfung gemäß Abs. 1 nicht verpflichtend und kann unterlassen oder aufgeschoben werden.

3. Innerhalb von fünf Tagen ab Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets übermittelt die zuständige Berufskammer das Verzeichnis ihrer Mitglieder mit Angabe des jeweiligen Wohnortes an ihre Region oder autonome Provinz. Innerhalb derselben Frist übermitteln die Arbeitgeber des Gesundheitspersonals, das in öffentlichen oder privaten medizinischen, sozialmedizinischen und sozialbetreuerischen Einrichtungen ebenso wie in Apotheken, Parapharmazie-Betrieben und Privatpraxen tätig ist, das Verzeichnis ihrer als Gesundheitspersonal eingestufteten Mitarbeiter (mit Angabe des jeweiligen Wohnortes) an die Region oder autonome Provinz, in der sie ihren Sitz haben.

4. Innerhalb von zehn Tagen ab Erhalt der Verzeichnisse gemäß Art. 3 überprüfen die Regionen und autonomen Provinzen – eventuell mit Hilfe öffentlicher Impfinformationssysteme – den Impfstatus aller in den Verzeichnis aufscheinenden Personen. Wenn die Regionen oder autonomen Provinzen anhand dieser Überprüfung feststellen, dass keine Impfung gegen das SARS-CoV-2-Virus durchgeführt oder kein Antrag auf Impfung nach der von der laufenden Impfkampagne vorgesehenen Vorgangsweise gestellt wurde, meldet die Region oder autonome Provinz unter Einhaltung der einschlägigen Datenschutzbestimmungen dem zuständigen lokalen Sanitätsbetrieb unverzüglich die Namen jener Personen, die als nicht geimpft aufscheinen.

5. Im Falle einer Meldung gemäß Abs. 4 fordert der lokal zuständige Sanitätsbetrieb die betroffene Person auf, innerhalb von fünf Tagen ab Erhalt der Aufforderung die Bestätigung der durchgeführten Impfung bzw. der Unterlassung oder des Aufschubs derselben gemäß Abs. 2 vorzulegen, oder aber den Antrag auf Impfung oder die Bestätigung der Befreiung von der Impfpflicht gemäß Abs. 1. Werden diese Dokumente nicht vorgelegt, fordert der lokale Sanitätsbetrieb nach Ablauf der genannten Frist von fünf Tagen den Betroffenen/die Betroffene unverzüglich und offiziell auf, sich gegen das SARS-CoV-2-Virus zu impfen, mit Angabe der Vorgangsweise und Fristen zur Einhaltung der unter Abs. 1 genannten Pflicht. Kann der/die Betroffene nachweisen, dass er/sie die Impfung beantragt hat, fordert der lokale Sanitätsbetrieb den/die Betroffene/n auf, sofort und in jedem Falle innerhalb von drei Tagen ab erfolgter Impfung die Impfbestätigung vorzulegen.

6. Nach Ablauf der unter Abs. 5 vorgesehenen Fristen stellt der lokale Sanitätsbetrieb die Verletzung der Impfpflicht fest und teilt dies – nach Einholung eventueller zusätzlicher Informationen bei den zuständigen Behörden – dem/der Betroffenen, dem Arbeitgeber und der zuständigen Berufskammer



unverzüglich schriftlich mit. Die Ausstellung des Ermittlungsbescheids durch den lokalen Sanitätsbetrieb bewirkt die Suspendierung des Rechts auf Durchführung von Leistungen und Aufgaben, die einen Kontakt mit anderen Menschen oder – in jedweder Form – mit dem Risiko einer Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus erfordern.

7. Die Suspendierung gemäß Abs. 6 wird dem/der Betroffenen von der zuständigen Berufskammer unverzüglich mitgeteilt.

8. Nach Erhalt der Mitteilung gemäß Abs. 6 betraut der Arbeitgeber den Mitarbeiter bzw. die Mitarbeiterin im Rahmen des Möglichen mit (auch geringer qualifizierten) anderen Aufgaben als den unter Abs. 6 genannten und die Entlohnung entspricht den jeweils ausgeübten Aufgaben. Es müssen in jedem Fall Aufgaben sein, die kein Ansteckungsrisiko mit sich bringen. Ist die Zuweisung zu derartigen anderen Aufgaben nicht möglich, steht dem Mitarbeiter bzw. der Mitarbeiterin für die Dauer der Suspendierung gemäß Abs. 9 keine Entlohnung, kein Gehalt und keine wie auch immer geartete Vergütung zu.

9. Die Suspendierung gemäß Abs. 6 ist bis zur Erfüllung der Impfpflicht oder, falls dieser nicht nachgekommen wird, bis zur vollständigen Umsetzung des nationalen Impfplanes und in jedem Fall nicht länger als bis zum 31. Dezember 2021 wirksam.

10. Unter Aufrechterhaltung der Bestimmungen von Artikel 26, Abs. 2 und 2-bis des Gesetzesdekrets Nr. 18 vom 17. März 2020, umgewandelt (mit Änderungen) in das Gesetz Nr. 27 vom 24. April 2020, teilt der Arbeitgeber den Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin gemäß Abs. 2 anderen Aufgaben zu. Diese Regelung gilt für den gesamten Zeitraum, in dem die Impfung unterlassen oder aufgeschoben wird, und in jedem Fall nicht länger als bis zum 31. Dezember 2021, ohne dass damit Gehaltskürzungen einhergehen. Die Maßnahme zielt auf eine Vermeidung der Verbreitung der Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus ab.

11. Über den gesamten Zeitraum gemäß Abs. 10 gewährleisten die Personen gemäß Abs. 2 bei der Ausübung der freiberuflichen Tätigkeit die Einhaltung aller hygienischen Präventionsmaßnahmen zur Eindämmung des Ansteckungsrisikos, wie sie im einschlägigen, mit Dekret des Gesundheitsministers (in Übereinstimmung mit den zuständigen Ministern für Justiz, Arbeit und Soziales) umgesetzten Sicherheitsprotokoll beschrieben werden. Die Maßnahmen müssen innerhalb von zwanzig Tagen ab Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets umgesetzt werden.

12. Aus der Umsetzung des vorliegenden Artikels dürfen sich keine neuen oder zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte ergeben.“

Nachstehend der im Amtsblatt veröffentlichte offizielle italienische Gesetzestext.
Art. 4 della Legge del 28 maggio 2021 n. 76:

“1. In considerazione della situazione di emergenza epidemiologica da SARS-CoV-2, fino alla completa attuazione del piano di cui all'articolo 1, comma 457, della legge 30 dicembre 2020, n. 178, e comunque non oltre il 31 dicembre 2021, al fine di tutelare la salute pubblica e mantenere adeguate condizioni di sicurezza nell'erogazione delle prestazioni di cura e assistenza, gli esercenti



le professioni sanitarie e gli operatori di interesse sanitario di cui all'art. 1, comma 2, della legge 1. febbraio 2006, n. 43, che svolgono la loro attività nelle strutture sanitarie, sociosanitarie e socio-assistenziali, pubbliche e private, nelle farmacie, parafarmacie e negli studi professionali sono obbligati a sottoporsi a vaccinazione gratuita per la prevenzione dell'infezione da SARS-CoV-2. La vaccinazione costituisce requisito essenziale per l'esercizio della professione e per lo svolgimento delle prestazioni lavorative dei soggetti obbligati. La vaccinazione è somministrata nel rispetto delle indicazioni fornite dalle regioni, dalle province autonome e dalle altre autorità sanitarie competenti, in conformità alle previsioni contenute nel piano.

2. Solo in caso di accertato pericolo per la salute, in relazione a specifiche condizioni cliniche documentate, attestate dal medico di medicina generale, la vaccinazione di cui al comma 1 non è obbligatoria e può essere omessa o differita.

3. Entro cinque giorni dalla data di entrata in vigore del presente decreto, ciascun Ordine professionale territoriale competente trasmette l'elenco degli iscritti, con l'indicazione del luogo di rispettiva residenza, alla regione o alla provincia autonoma in cui ha sede. Entro il medesimo termine i datori di lavoro degli operatori di interesse sanitario che svolgono la loro attività nelle strutture sanitarie, sociosanitarie, socio-assistenziali, pubbliche o private, nelle farmacie, parafarmacie e negli studi professionali trasmettono l'elenco dei propri dipendenti con tale qualifica, con l'indicazione del luogo di rispettiva residenza, alla regione o alla provincia autonoma nel cui territorio operano i medesimi dipendenti.

4. Entro dieci giorni dalla data di ricezione degli elenchi di cui al comma 3, le regioni e le province autonome, per il tramite dei servizi informativi vaccinali, verificano lo stato vaccinale di ciascuno dei soggetti rientranti negli elenchi. Quando dai sistemi informativi vaccinali a disposizione della regione e della provincia autonoma non risulta l'effettuazione della vaccinazione anti SARS-CoV-2 o la presentazione della richiesta di vaccinazione nelle modalità stabilite nell'ambito della campagna vaccinale in atto, la regione o la provincia autonoma, nel rispetto delle disposizioni in materia di protezione dei dati personali, segnala immediatamente all'azienda sanitaria locale di residenza i nominativi dei soggetti che non risultano vaccinati.

5. Ricevuta la segnalazione di cui al comma 4, l'azienda sanitaria locale di residenza invita l'interessato a produrre, entro cinque giorni dalla ricezione dell'invito, la documentazione comprovante l'effettuazione della vaccinazione o l'omissione o il differimento della stessa ai sensi del comma 2, ovvero la presentazione della richiesta di vaccinazione o l'insussistenza dei presupposti per l'obbligo vaccinale di cui al comma 1. In caso di mancata presentazione della documentazione di cui al primo periodo, l'azienda sanitaria locale, successivamente alla scadenza del predetto termine di cinque giorni, senza ritardo, invita formalmente l'interessato a sottoporsi alla somministrazione del vaccino anti SARS-CoV-2, indicando le modalità e i termini entro i quali adempiere all'obbligo di cui al comma 1. In caso di presentazione di documentazione attestante la richiesta di vaccinazione, l'azienda sanitaria locale invita l'interessato a trasmettere immediatamente e comunque non oltre tre giorni dalla somministrazione, la certificazione attestante l'adempimento all'obbligo vaccinale.

6. Decorso i termini per l'attestazione dell'adempimento dell'obbligo vaccinale di cui al comma 5, l'azienda sanitaria locale competente accerta l'inosservanza dell'obbligo vaccinale e, previa acquisizione delle ulteriori eventuali informazioni presso le autorità competenti, ne dà immediata comunicazione scritta all'interessato, al datore di lavoro e all'Ordine professionale di appartenenza. L'adozione dell'atto di accertamento da parte dell'azienda sanitaria locale determina la sospensione dal diritto di svolgere prestazioni o mansioni che implicano contatti interpersonali o comportano, in qualsiasi altra forma, il rischio di diffusione del contagio da SARS-CoV-2.

I N F E R M I E R I
INFERMIERI PEDIATRICI

Ordine provinciale di Bolzano

I-39100 Bolzano - via Maso della Pieve 4a

Tel. 0471/400984 - Fax 0471/270807

C.F. 80003220219 - Email: info@opibz.it

K R A N K E N P F L E G E R / I N N E N
KINDERKRANKENPFLEGER/INNEN

Landeskammer von Bozen

I-39100 Bozen - Pfarrhofstraße 4a

Tel. 0471/400984 - Fax 0471/270807

St.N. 80003220219 - Email: info@opibz.it

N F E R M I E R E S
NFERMIERES PEDIATRICS

Orden Provinzial de Bulsan

I-39100 Bulsan - Streda Maso della Pieve 4a

Tel. 0471/400984 - Fax 0471/270807

C.F. 80003220219 - Email: info@opibz.it



7. La sospensione di cui al comma 6, è comunicata immediatamente all'interessato dall'Ordine professionale di appartenenza.

8. Ricevuta la comunicazione di cui al comma 6, il datore di lavoro adibisce il lavoratore, ove possibile, a mansioni, anche inferiori, diverse da quelle indicate al comma 6, con il trattamento corrispondente alle mansioni esercitate, e che, comunque, non implicano rischi di diffusione del contagio. Quando l'assegnazione a mansioni diverse non è possibile, per il periodo di sospensione di cui al comma 9, non sono dovuti la retribuzione né altro compenso o emolumento, comunque denominato.

9. La sospensione di cui al comma 6 mantiene efficacia fino all'assolvimento dell'obbligo vaccinale o, in mancanza, fino al completamento del piano vaccinale nazionale e comunque non oltre il 31 dicembre 2021.

10. Salvo in ogni caso il disposto dell'articolo 26, commi 2 e 2-bis, del decreto-legge 17 marzo 2020, n. 18, convertito, con modificazioni, dalla legge 24 aprile 2020, n. 27, per il periodo in cui la vaccinazione di cui al comma 1 è omessa o differita e comunque non oltre il 31 dicembre 2021, il datore di lavoro adibisce i soggetti di cui al comma 2 a mansioni anche diverse, senza decurtazione della retribuzione, in modo da evitare il rischio di diffusione del contagio da SARS-CoV-2.

11. Per il medesimo periodo di cui al comma 10, al fine di contenere il rischio di contagio, nell'esercizio dell'attività libero-professionale, i soggetti di cui al comma 2 adottano le misure di prevenzione igienico-sanitarie indicate dallo specifico protocollo di sicurezza adottato con decreto del Ministro della salute, di concerto con i Ministri della giustizia e del lavoro e delle politiche sociali, entro venti giorni dalla data di entrata in vigore del presente decreto.

12. Dall'attuazione del presente articolo non devono derivare nuovi o maggiori oneri a carico della finanza pubblica".

* * *